
Zwei Imperialismen und ein halber: Europa in der Großmachtzange

Europas Lage ist prekär: Während Russland keinerlei Friedenswillen zeigt, untergräbt Donald Trump die abschreckende Wirkung der Nato. Gleichzeitig wächst die wirtschaftliche Abhängigkeit Europas vom autokratischen China. Wie also kann Europa in einer Welt bestehen, die zunehmend von Ordnungszersplitterung und Großmachtkonkurrenz geprägt ist?

Von WOLFGANG ZELLNER

W er das Gipfeltreffen zwischen dem chinesischen Staatschef Xi Jinping und US-Präsident Donald Trump in Peking Mitte Mai verfolgte, konnte geneigt sein, darin den Vorschein auf eine neue bipolare Welt zu erkennen: Xi warnte seinen Gast deutlich vor einer Einmischung im Taiwan-Konflikt, Trump antwortete wenig später, indem er Waffenlieferungen an den Inselstaat offen als Druckmittel gegenüber China bezeichnete.

Sicher ist jedenfalls eines: Europa¹ wird von zweieinhalb Weltmächten bedrängt – den USA, China und Russland. Und keine von ihnen, das macht die Dramatik und Herausforderung der neuen Lage für Europa aus, ist mehr ein verlässlicher Partner. Eine Weltmacht ist ein Staat, dessen wirtschaftliche, militärische und kulturelle Fähigkeiten es ihm erlauben, globale Prozesse und Strukturen substanziell zu beeinflussen. Dazu bedarf es einer global relevanten Wirtschaft, Streitkräften mit weltweiter Reichweite und eines gewissen Maßes an kultureller Ausstrahlung. Ulrich Menzel unterscheidet dabei zwischen Hegemonialmächten und Imperien.² Hegemonen liefern Ordnungsleistungen für die ganze Welt. Imperien bieten auch Ordnungsleistungen, aber nur für ihre Anhänger, ihren Club, verlangen dafür jedoch Gegenleistungen. Das Problem der EU-Staaten und anderer Mittelmächte besteht darin, dass die USA gerade von einer Hegemonialmacht zu einem Imperium absteigen. Sie wollen nicht mehr gratis Ordnung schaffen, sondern erpressen Zölle und andere Tribute. China hat den Aufstieg zum Hegemon (noch) nicht erreicht, während sich Russland als Möchtegern-Imperialist von Chinas Gnaden versucht. Daraus resultiert ein eklatanter Mangel an Ordnung, ein Übermaß an globalem Chaos. Das Gefährliche an der derzeitigen Konstellation ist, das alles passieren kann, sinnlose

WOLFGANG ZELLNER,
geb. 1953 in Selb, Dr. phil.,
ist Senior Research Fellow
am Institut für Friedensfor-
schung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg.

-
- 1 Unter Europa verstehe ich hier die europäischen Nato-Staaten, die EU-Mitglieder und die mit der EU assoziierten sowie die neutralen und kleinen Staaten in Europa.
 - 2 Vgl. Ulrich Menzel, Das Zeitalter des neuen Imperialismus. Make America, Make Russia, Make China great again!, in: »Blätter«, 2/2026, S. 61-71.

Kriege wie der gegen Iran, die Erpressung von Staaten, die Zerstörung der Umwelt. Die internationale Lage ist die gefährlichste seit dem Zweiten Weltkrieg.

Bevor diskutiert wird, was Europa in dieser Situation tun kann, sollen die drei Weltmächte – die EU ist keine und wird es auf absehbare Zeit auch nicht werden – mit ihren Fähigkeiten und Defiziten kurz vorgestellt werden. Die USA sind immer noch mit Abstand die stärkste Wirtschafts- und Militärmacht der Welt, verlieren aber signifikant an Fähigkeiten und Kapazitäten. Sie sind führend bei Chips, Software, digitalen Plattformen, KI und Hightech-Waffen, aber China holt auf. Die Schwächen der USA sind bei der industriellen Produktionsbasis, bei Materialien, im gesamten Elektrobereich und im Schiffbau erkennbar. Die Vereinigten Staaten bleiben zudem klar die führende Finanzmacht der Welt, der Dollar ist die weitgehend unangefochtene internationale Leitwährung. Jedoch macht die immense Verschuldung des Landes im Verbund mit der chaotischen Wirtschaftspolitik der Trump-Regierung Finanzkrisen wahrscheinlicher. Die US-Streitkräfte sind jeder anderen militärischen Macht immer noch weit überlegen, aber die Schwäche der produktiven Basis untergräbt ihre Fähigkeit, längere Kriege führen zu können: »Die amerikanische Wirtschaft

hat nicht die industrielle Kapazität, um genügend Waffen und Ausrüstung zu produzieren.«³ In den US-Medien findet derzeit eine lebhafte Debatte über die nach dem Irankrieg noch vorhandenen Munitionsvorräte statt.⁴ Zudem haben die USA nach Steven Levitsky, Lucan A. Way und Daniel Ziblatt »2025 aufgehört, eine volle Demokratie zu sein«, und sind heute vielmehr als

»Die USA sind von einem Produzenten von Ordnung zu einem Chaos-Agenten geworden.«

ein »kompetitiver Autoritarismus« anzusehen.⁵ In seiner Außenwirkung klassifiziert der US-Politikwissenschaftler Stephen M. Walt das derzeitige US-System als »räuberische Hegemonie«.⁶ Die Wandlung der USA vom Hegemon zum Imperialisten erfolgte in historisch kürzester Zeit und ist gepaart mit einer Variante von territorialem Revisionismus – dem russischen nicht unähnlich –, die ihren sichtbarsten Ausdruck in der Neuauflage der Monroe-Doktrin und dem auch militärischen Ausgreifen nach Venezuela, Kuba, Kanada und Grönland findet. Für internationale Institutionen und Bündnisse bleibt in einer solchen Politikkonzeption kein Platz, die Nato ist für Donald Trump ein »Papiertiger«. Was das für die Abschreckungswirkung des Bündnisses gegenüber Russland bedeutet, ist unschwer zu erraten.

Die USA sind somit von einem Produzenten von Ordnung zu einem Chaos-Agenten geworden. Das deutlichste Beispiel dafür ist der Irankrieg. Kurzfristig hat die Schließung der Straße von Hormus 20 Prozent des Weltverbrauchs an Öl und Flüssiggas (LNG) sowie ein Drittel des Seehandels mit Düngemitteln unterbunden – beson-

3 The Editorial Board, The U.S. Military Was Losing Its Edge. After Iran, Everyone Knows It, in: »The New York Times« (NYT), 30.4.2026 (Übersetzungen durch den Autor).

4 Vgl. Alexander Ward, Shelby Holliday und Yoko Kubota, Iran War Complicates Contingency Plans to Defend Taiwan, Some U.S. Officials Say, in: »The Wall Street Journal« (WSJ), 23.4.2026.

5 Steven Levitsky, Lucan A. Way und Daniel Ziblatt, The Price of American Authoritarianism. What Can Reverse Democratic Decline?, in: »Foreign Affairs«, Januar/Februar 2026, S. 30.

6 Stephen M. Walt, The Predatory Hegemon. How Trump Wields American Power, in: »Foreign Affairs«, März/April 2026, S. 8-23.

ders betroffen ist Asien, wohin 80 Prozent dieser Handelsströme gingen.⁷ Nach einer Studie des United Nations Development Programme werden die 36 Länder der asiatisch-pazifischen Region je nach Dauer des Krieges Einkommensverluste zwischen 97 Mrd. und 299 Mrd. US-Dollar erleiden.⁸ Betroffen sind neben Öl, Gas, Aluminium, Schwefel(säure) und Düngemitteln auch das für die Chip- und Arzneimittelherstellung wichtige Heliumgas. Sekundäreffekte betreffen etwa den Flugverkehr (allein die Lufthansa hat 20000 Flüge gestrichen) und den Tourismus und bewirken allgemein eine höhere Inflation und weniger Wachstum. Die langfristigen politischen und geoökonomischen Auswirkungen dieses Krieges sind noch kaum abzuschätzen.

Fest steht, dass das grundlegende Politikmodell der Golfregion durch den von Trump willkürlich angezettelten Krieg zer-

brochen ist, ohne dass die betroffenen Staaten auch nur konsultiert worden wären. Die Carter-Doktrin von 1980 »gab ein kühnes Versprechen: Sollte eine fremde Macht versuchen, den Persischen Golf oder die riesigen Ölreserven der Region zu dominieren, würde sie auf Amerikas Militärmacht treffen.« Jetzt aber hat Iran erstmals auf die Straße von Hormus zugegriffen, ein Pfand, das man nicht so leicht aus der Hand geben wird: »[D]er Kollaps der Carter-Doktrin untergräbt die Sicherheit der globalen Öl-Ökonomie«, schreibt etwa der Historiker und Politikanalyst bei der Eurasia Group, Gregory Brew.⁹ Schon gibt es erste Anzeichen, dass Investitionsströme von der Region wegelenkt werden – so soll China nun endgültig dem Bau der russisch-chinesischen Groß-Pipeline »Power of Siberia 2« zugestimmt haben, für die Präsident Wladimir Putin bisher jahrelang vergeblich geworben hatte.¹⁰

Insgesamt bedeutet dies nicht nur eine Zerrüttung der amerikanischen Bündnissysteme – des vielleicht bedeutendsten Vorteils der USA in der Konkurrenz mit China –, sondern auch einen Verfall der politischen Autorität Washingtons. Wie viele taktische Erfolge die Trump-Regierung auch immer reklamieren mag, fest steht, wie das Editorial Board der »New York Times« formuliert: »Die Verantwortungslosigkeit von Herrn Trump hat die Vereinigten Staaten an die Schwelle einer erniedrigenden strategischen Niederlage geführt.«¹¹ Gleichzeitig scheint es, dass der vom Öl-Protagonisten Trump angezettelte Irankrieg einen globalen Boom regenerativer Energien ausgelöst hat.¹²

China: Globaler Aufsteiger, aber noch keine Ordnungsmacht

China verfügt über eine tiefe, differenzierte Produktionsbasis und ist mittlerweile führend in der Mehrzahl anwendungsrelevanter Wissensgebiete und Produkte. Mit seinen riesigen Wind- und Sonnenkraftwerken und seiner führenden Position bei Batterietechnik, Übertragung und Elektroautos hat sich China in kurzer Zeit zu *dem*

»Durch den Irankrieg
zerfällt Washingtons
politische Autorität.«

7 Vgl. Andréas C. Hatzidiakos, The bill will come due: the short, medium and long-term consequences of the Iran war. From oil shock to strategic alignment, Hellenic Foundation for European and Foreign Policy, April 2026.

8 Vgl. UNDP, Middle East military escalation could cost Asia-Pacific up to US\$ 299 billion, undp.org, 14.4.2026.

9 Gregory Brew, Trump and the New American Era of Petrolunacy, in: NYT, 2.5.2026.

10 Vgl. Hatzidiakos, The bill will come due, a.a.O., S. 8.

11 The Editorial Board, Four Ways Trump's War Is Weakening America, in: NYT, 12.4.2026.

12 Vgl. Chico Harlan, The Global Oil Crisis Seems to Be Helping One Industry: Renewable Energy, in: NYT, 6.5.2026.

Elektrostaat der Welt aufgeschwungen, während die USA als der von Trump selbst ernannte Petrostaat eher die Vergangenheit als die Zukunft repräsentieren.

Diese Stärken werden durch massive innere Probleme relativiert: Die rasche Alterung der Bevölkerung infolge der langjährigen Ein-Kind-Politik übt starken Druck auf die bisher nur gering entwickelten Sozialsysteme aus, auskömmliche Renten etwa für Bauern gibt es nicht. Die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch, dazu kommt die Immobilienkrise. Insofern ist die chinesische Exportoffensive, die mittlerweile global Gegenmaßnahmen ausgelöst hat, eher Ausdruck innerer Widersprüche als von Stärke. Aber China ist der einzige Staat, der Trumps Zollerpressung standhalten konnte mit der Gegendrohung, den Export der für jede moderne Produktion essenziellen Seltenen Erden zu beschränken; das Land produziert etwa 70 Prozent dieser Erze und raffiniert 90 Prozent.

Militärisch ist China mit weitem Abstand Nummer zwei, aber kräftig dabei, in allen relevanten Gebieten aufzuholen. Das Atomwaffenarsenal wird umfassend ausgebaut, nukleare Rüstungskontrolle lehnt Peking ab. China verfügt mittlerwei-

le über drei einsatzfähige Flugzeugträger und plant sechs weitere. Dazu kommt ein großes Arsenal weitreichender konventioneller Raketen. Aufgrund der breiten Produktionsbasis dürften die chinesischen Streitkräfte fähig sein, längere Kriege zu führen, allerdings verfügen sie über so gut wie keine Kampferfahrung. Infolge der jüngsten Säuberungen im Militär - zuletzt

»China ist eine autokratische Volldiktatur mit einer spezifischen marxistisch-nationalistischen Ideologie.«

wurden im April zwei ehemalige Verteidigungsminister zum Tode bzw. zu lebenslanger Haft verurteilt - zählt die Zentrale Militärkommission statt der vorgesehenen sieben nur noch zwei Mitglieder, eines davon ist der Vorsitzende der Kommission, Staatspräsident Xi Jinping.

China ist eine autokratische Volldiktatur mit einer spezifischen marxistisch-nationalistischen Ideologie, die seit der Machtübernahme von Xi Jinping - 2012 als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, 2013 als Staatspräsident - wesentlich ausformuliert und selbstbewusst offensiv ausgerichtet wurde. Der Sinologe Kevin Rudd, ehemaliger Ministerpräsident und Außenminister von Australien sowie einer der führenden Chinakenner der westlichen Welt, schreibt: »Schließlich ist das gesamte nationalistische Narrativ mit ideologischer Sicherheit unterlegt, die sich durch den gesamten außenpolitischen Diskurs von Xi zieht. Diese ideologische Zuversicht bekommt es durch die Anwendung der grundlegenden, unveränderbaren marxistisch-leninistischen »Entwicklungsgesetze«.¹³ Dies ist gleichzeitig die »ideologische Grundlage, die die revisionistische chinesische Agenda rechtfertigt«. Diese betrifft zunächst Taiwan und strittige Territorialfragen in der Südchinesischen See mit Brunei, Malaysia, Vietnam und den Philippinen. Ob diese Streitfragen, insbesondere die Taiwan-Frage, friedlich oder gewaltsam gelöst werden, wird vom internationalen Kräfteverhältnis, der Wirksamkeit militärischer Abschreckung und der Wahrnehmung dieser Verhältnisse durch die chinesische Führung abhängen. »Ein

13 Kevin Rudd, On Xi Jinping. How Xi's Marxist Nationalism is Shaping China and the World, New York 2024, S. 257.

Krieg würde, gleich wie er ausgeht, Tod und Zerstörung in unvorstellbarem Ausmaß bringen. [...] Und die Welt würde niemals mehr dieselbe sein«, so Rudd.¹⁴

China lehnt es bisher ab, in relevantem Maße globale Ordnungsaufgaben zu übernehmen, offenbar wird der Aufwand, vom Imperium zum Hegemon aufzusteigen, als zu hoch eingeschätzt. China hat zwar zum Iran-Waffenstillstand beigetragen, ist aber weder in der Lage, die Mitglieder der BRICS-Gruppe vor den Auswirkungen des Krieges zu beschützen noch zu verhindern, dass einzelne BRICS-Mitglieder (Iran und Saudi-Arabien) gegeneinander Krieg führen.

Russland: Der überforderte Imperialist von Chinas Gnaden

Russland geriert sich als Möchtegern-Imperialist von Chinas Gnaden. Seine global relevante Nuklearmacht ist gepaart mit konventionellen Streitkräften von primär regionaler, das heißt auf Eurasien bezogener Bedeutung. Die russische Wirtschaft produziert vor allem Rohstoffe und Militärgüter, letztere jedoch in Masse und hinreichender Qualität aufgrund jahrzehntelanger Spezialisierung. Russlands Bruttoinlandsprodukt ist dem Italiens vergleichbar, die Produktion liegt auf einfachem bis mittlerem Technologieniveau und erreicht nirgendwo Spitzenleistungen. Moderne Bauelemente wie Chips müssen eingeführt bzw. eingeschmuggelt werden. Dazu kommen eine schwierige demographische Entwicklung und die Abwanderung relevanter Teile der technischen Intelligenz. Der Ukrainekrieg bringt die russische Wirtschaft an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit.

Russlands Streitkräfte repräsentieren trotz moderner Elemente mehr Masse als Klasse. Trotz einer demographischen Überlegenheit von vier zu eins und einer durchaus bemerkenswerten militärischen Lernkurve hatte und hat Russland Schwierigkeiten, seine Kriegsziele zu erreichen und die Ukraine zu besiegen. Im Frühjahr erzielten die russischen Streitkräfte kaum noch Geländegewinne in der Ukraine, im April verlor Russland sogar erstmals seit der ukrainischen Kursk-Offensive im August 2024 Territorium an die Ukraine (116 Quadratkilometer).¹⁵ Russland wird Schwierigkeiten haben, im beginnenden rüstungstechnologischen Wettlauf - Stichworte: Automatisierung, KI - mitzuhalten. Die Konzentration auf den Ukrainekrieg hat zu einem weitreichenden Verlust seiner globalen Peripherie geführt: Armenien dürfte verloren sein, Venezuela ebenso, bald auch Kuba. In Syrien muss Moskau sich an neue Regeln halten, Iran kann es nur begrenzt helfen, und in Mali erleiden russische Söldner Niederlagen.¹⁶

Die einseitige militärische Ausrichtung macht Russland extrem gefährlich. Das Regime kann nichts anderes als Krieg, und der Krieg in der Ukraine perpetuiert sich aus sich selbst. Dazu kommt, dass es zwischen den Nato-Staaten und Russland keinen strategischen Dialog und keine Maßnahmen der Risikoreduzierung und Rüstungskontrolle mehr gibt, sondern nur noch Abschreckung, Drohungen und Sank-

»Die einseitige militärische Ausrichtung macht Russland extrem gefährlich.«

14 Ebd., S. 256 und S. 407.

15 Vgl. Institute for the Study of War, Russian Offensive Campaign Assessment, 2.5.2026.

16 Vgl. Claudia Bröll, Überforderte russische Söldner, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ), 30.4.2026 sowie den Beitrag von Olaf Bernau in dieser Ausgabe.

tionen. Damit wächst die Gefahr eines großen kontinentalen Krieges aus Versehen oder durch Fehleinschätzung.

Mögliche Auslöser dafür gibt es genug - Ereignisse im Baltikum, zur See und in der Luft, Unruhen in Belarus oder die Wiederaufnahme des Ukrainekriegs nach einem Waffenstillstand. Die geplante, aber derzeit noch ungewisse Stationierung konventioneller Mittelstreckenraketen in Nato-Staaten, auf russischer Seite gibt es sie bereits, verschärft diese Situation noch wesentlich. Deshalb ist es dringend geboten, Maßnahmen der Kommunikation und Risikoreduzierung einzuführen, um diese Gefahren einzuhegen.¹⁷ Dazu sind westliche Initiativen notwendig, die wiederholt und auf höchster Ebene vorgetragen werden sollten, auch wenn Moskau zunächst ablehnt. Gefragt sind insbesondere Initiativen der Europäer.

Die Schwäche der Weltmächte

Alle drei Weltmächte operieren aus einer Position der Schwäche, wenn auch aus verschiedenen Gründen und in unterschiedlicher Weise. Bei den USA resultiert die Schwäche aus einem raschen Abstieg von sehr hohem Niveau, verbunden mit innenpolitischen Turbulenzen; bei China aus einem von tiefen Widersprüchen begleiteten Aufstieg, während im Falle Russlands eine schwache wirtschaftliche Basis die überdimensionierten imperialen Ambitionen kaum tragen kann. Gemeinsam ist allen drei Mächten eine geringe globale Governance-Leistung, und dies ausgerechnet in einer höchst kritischen Transformationsphase von fossilen zu Elektro-Gesellschaften. Dazu kommt, dass, anders als im Falle Großbritanniens und der USA im 20. Jahrhundert, heute nicht absehbar ist, dass der absteigende Hegemon funktional durch einen Aufsteiger ersetzt werden kann.

Die Schwäche der Weltmächte zeigt sich, vor allem im Falle Russlands und der USA (China ist vorsichtiger), in einer bemerkenswerten Strategie- und Verantwortungslosigkeit, gepaart mit fundamentalen Fehleinschätzungen: Sowohl Putins »Spezialoperation« in der Ukraine, als auch Trumps »Exkursion« in Iran sollten allenfalls Wochen dauern, haben aber zu katastrophalen Konsequenzen für die ganze Welt geführt. Die-

ser fatalen Kombination aus Größenwahn und Wirklichkeitsverlust ist nur mit einem globalen Bündnis von Mittelmächten beizukommen - von Staaten, die strategisch überlegt handeln müssen, wenn sie als souveräne Einheiten überleben wollen.

Russland bedroht Europa militärisch, nach Ansicht des Generalinspektors der Bundeswehr, Carsten Breuer, ist es ab 2029

»Europa ist zwischen allen drei Weltmächten wirtschaftlich und militärisch eingekeilt.«

in der Lage anzugreifen. Schon heute führt Russland einen hybriden Krieg gegen Europa, der Cyberattacken, Brandstiftung und Sabotage einschließt. Putins Krieg gegen die Ukraine kostet Europa, alles zusammengekommen, dreistellige Milliardenbeträge, zögert aber einen möglichen russischen Angriff auf Nato-Gebiet hinaus. Auf den Schutz der USA kann sich Europa nicht länger verlassen, Trumps Klassifizierung der Nato als »Papiertiger«, der angekündigte Truppenabzug aus Deutschland

17 Vgl. Samuel Charap und Hiski Haukkala, Europe's Next War. The Rising Risk of Nato-Russia Conflict, in: »Foreign Affairs«, März/April 2026, S. 132-144.

und vor allem die Nichtstationierung konventioneller Mittelstreckenraketen untergraben die Glaubwürdigkeit der Abschreckung des Bündnisses. Gleichzeitig ist Europa in zentralen Bereichen wie Geldverkehr, digitale Plattformen und Daten-Clouds von US-Technologie abhängig und damit erpressbar.

Ohne Chinas Unterstützung wäre Putins Ukrainekrieg schon längst verloren. Solange Peking diesen Krieg weiter unterstützt, um die USA und den Westen zu schwächen, werden die europäischen Staaten die Volksrepublik primär als Gegner ansehen müssen. Dazu kommt, dass Chinas harte wirtschaftliche Konkurrenz, beflügelt von staatlichen Subventionen, Europas Marktanteile und Arbeitsplätze bedroht.

Europa ist zwischen allen drei Weltmächten wirtschaftlich und militärisch eingeklemt, beide Dimensionen sind aufs Engste miteinander verbunden: Militärisch setzen Russland und indirekt China Europa unter Druck, wirtschaftlich die USA und China. Für Russland wie für die USA ist die EU der schlimmste Feind, denn nur europäische Einigkeit kann den beiden Weltmächten Paroli bieten. Auch China präferiert bilaterale Politikansätze. Umso wichtiger ist es, dass der Lieblings-»Europäer« von Putin und Trump, Viktor Orbán, die ungarischen Parlamentswahlen verloren hat. Überhaupt hat Trump es geschafft, dass europäische Staatschefs wie Giorgia Meloni und Pedro Sánchez, die entgegengesetzte politische Lager repräsentieren, neuerdings gegen Trump am selben Strang ziehen. Nach dem Seitenwechsel der USA in Sachen Ukraine – Trump unterstützt offen russische Positionen, insbesondere bei territorialen Zugeständnissen – ist Europa allein auf sich gestellt, die Ukraine finanziell und militärisch zu unterstützen. Deshalb ist es wichtig, dass der 90-Milliarden-Euro-Kredit der EU nach der Wahl-niederlage Orbáns ausbezahlt werden kann.

Trump's Irankrieg macht diese ohnehin schon angespannte Situation in mehrfacher Hinsicht komplizierter. Wirtschaftlich ist Europa in hohem Maße von LNG abhängig, das auf längere Sicht teuer bleiben wird, dazu kommen höhere Inflations- und geringere Wachstumsraten. Militärisch kann Europa die durch den Irankrieg verursachte Knappheit an Luftabwehrraketen, auf die die Ukraine so dringend angewiesen ist, kaum kompensieren. Dass dies auch andere Waffensysteme betrifft, musste Estland erfahren, das eine Verschiebung der Lieferung von HIMARS-Raketenwerfern aus amerikanischer Produktion hinnehmen muss.¹⁸ Diese Situation wird dadurch verschärft, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas sinkt. Der EU-Anteil am Welthandel und am Welt-BIP sinkt, die Produktivität Europas ist signifikant hinter die der USA zurückgefallen.

Europa: Selbstbehauptung, aber wie?

Die Selbstbehauptung Europas als Union souveräner Staaten kann nur gelingen, wenn Europa seine Wirtschaft revitalisiert und in einem breiten Bündnis von Mittelmächten und kleineren Staaten eine führende Rolle bei der Organisation globaler

»Europa darf seine Werte nicht zugunsten einer falsch verstandenen Großmacht-orientierung aufgeben.«

18 Vgl. Helene Cooper und Eric Schmitt, Trump's Plan to Boost Weapons Production Might Not Deliver for Years, in: NYT, 30.4.2026.

Ordnung übernimmt. Aber anders als bei Horst Ehmkes Überlegungen zu »Eine[r] Politik zur Selbstbehauptung Europas«¹⁹ von 1984, die auf eine Verschiebung der politischen Gewichte und eine neue Arbeitsteilung innerhalb der Nato zielten, geht es heute um die Übernahme der Verantwortung für die konventionelle Verteidigung Europas durch die europäischen Staaten – und damit um die Übernahme der Nato durch Europa. Die Rolle der USA, die vor 40, ja noch vor zehn Jahren zentral war, wird schon deshalb geringer werden, weil sie nicht mehr berechenbar ist. Diese Transformation reicht weit über das Militärische hinaus und schließt politisch-normative und wirtschaftliche Dimensionen ein.

In normativer Hinsicht ist es zentral, die bisherige Wertebasis aufrechtzuerhalten und nicht zugunsten einer falsch verstandenen Großmachtorientierung aufzugeben. Dies schließt Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und eine nor-

menbasierte Außenpolitik ein, wobei Letzteres weder die Kooperation mit Staaten mit anderen Werte- und Governancesystemen ausschließt noch deren Missionierung erfordert. Machtpolitisch ist ein Bündnis der Mittelmächte erforderlich, um sich gegen die Weltmächte durchsetzen zu können, wie dies der kanadische Ministerpräsident Mark Carney auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum im Januar vorgeschlagen hat.²⁰ Prioritär betrifft das etwa Australien,

»Im Verhältnis zu Russland ist Abschreckung unabdingbar, gleichzeitig müssen die damit verbundenen Risiken durch Kommunikation eingedämmt werden.«

Brasilien, Indien, Indonesien, Japan, Nigeria und Südafrika. Das Mercosur-Abkommen mit südamerikanischen Staaten und die EU-Abkommen mit Indien und Australien sind gute erste Schritte. Wenn es sich bei den Kooperationspartnern um Demokratien handelt, vertieft dies die Möglichkeiten, die Herrschaftsform sollte jedoch kein Ausschlusskriterium sein.

Europa sollte mit den Weltmächten zusammenarbeiten, wo immer es geht. Je nach aktueller Konjunkturlage werden die USA in Zukunft für Europa zwischen Bündnispartner, Konkurrent und Gegner oszillieren, entsprechende Widersprüche muss man aushalten. Bei den zu erwartenden Erpressungen sollte man Gegenerpressungen prüfen. Die US-Basen in Ramstein und Landstuhl stellen riesige Vermögenswerte dar und sind für die USA auch mittelfristig nicht zu ersetzen. Eine echte Besteuerung der US-Digitalkonzerne sollte erwogen werden. Aber am besten wäre es, die US-Streitkräfte noch eine Zeit lang in Europa zu halten und handelshemmende Zölle zu beseitigen. Die wirtschaftliche Kooperation mit China ist alternativlos, die jüngsten Investitionen von VW und BASF in China sprechen eine klare Sprache. Insofern können US-Ansätze einer Embargopolitik gegen China nicht unterstützt werden. Genauso klar muss aber sein, dass sich die EU gegen hochsubventionierte chinesische Importe wehren, zur Not auch abschotten können muss, insbesondere in sicherheitsrelevanten Bereichen. Und Europa wird China immer wieder darauf hinweisen

19 Horst Ehmke, Eine Politik zur Selbstbehauptung Europas. Überlegungen angesichts der Entfremdung zwischen Alter und Neuer Welt, in: »Europa-Archiv«, Folge 7/1984, S. 195-204. Ehmke war damals Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

20 Vgl. Special address by Mark Carney, Prime Minister of Canada, [we.forum.org](https://www.weforum.org/agenda/2021/01/mark-carney-speech-at-the-davos-economic-forum/), 20.1.2026.

müssen, dass eine Normalisierung des Verhältnisses erst möglich ist, wenn China die Unterstützung der russischen Aggression gegen die Ukraine einstellt. Europa sollte China ermutigen, in wachsendem Maße globale Ordnungsaufgaben zu übernehmen, insbesondere in der Klimapolitik.

Im Verhältnis zu Russland sind kurzfristig Abschreckung und Eindämmung durch Sanktionen unabdingbar, gleichzeitig müssen die damit verbundenen Risiken durch Maßnahmen der Kommunikation und Risikoreduzierung eingedämmt werden. Darüber hinaus ist es notwendig, den russischen Eliten nach Putin ein umfassendes, allerdings politisch konditioniertes wirtschaftliches Kooperationsangebot zu unterbreiten, um Chancen auf eine kooperativere Zukunft zu nutzen. Auch das sollte bald geschehen.

Militärisch sollte sich Europa darauf einrichten, schon mittelfristig – also in etwa fünf Jahren – seine konventionelle Abschreckung und Verteidigung in die eigene Hand zu nehmen. Dazu gehört eine nukleare Minimalabschreckung, wegen der übermäßigen Abhängigkeit der britischen Nuklearstreitmacht von den USA eher auf französischer Basis.²¹ In organisatorischer Hinsicht sollten die Bemühungen darauf abzielen, auf Nato-Strukturen und Infrastruktur aufzusetzen und diese schrittweise zu übernehmen, also zu einer Euro-Nato überzugehen. Das modische Gerede über eine EU-Armee entbehrt jeder Grundlage – es bezieht weder die Staaten ein, die wir brauchen (Großbritannien, Kanada, Ukraine), noch verfügt die EU über brauchbare militärische Strukturen.²²

»Das modische Gerede über eine EU-Armee entbehrt jeder Grundlage.«

Dem »Wall Street Journal« war Mitte April zu entnehmen, dass sich die Europäer in einem informellen Kreis aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den nordischen Staaten auf eine solche Zukunft vorbereiten.²³ Die Ukraine mit ihrer Kriegserfahrung und an die Erfordernisse moderner Kriegführung angepassten Rüstungsindustrie muss in diesen Kreis in geeigneter Form involviert werden. Die größte Fähigkeitslücke der Europäer dürfte sich kurzfristig daraus ergeben, dass Trump die angekündigte Stationierung konventioneller US-Mittelstreckenwaffen zurückgenommen hat, während Russland über solche Waffen bereits verfügt. Demgegenüber ist die angekündigte Reduzierung der US-Truppenstärke in Europa um 5000 Personen eher von nachrangiger Bedeutung.

Dringend erforderlich: Mehr Innovation und Produktivität in Europa

Die harte Wahrheit ist: Europa fällt im globalen Wettbewerb nach allen gängigen Parametern wirtschaftlich zurück und das schon seit Jahrzehnten. Von 1980 bis 2025 hat sich der Anteil der EU-27 an der Weltwirtschaft von 27,5 auf 14 Prozent so gut wie halbiert. Das geringe Wachstum in der EU resultiert aus geringer Innovation und Produktivität: Erreichte die EU im Jahr 1995 noch 95 Prozent der US-Produktivität, fiel dieser Wert in der Folgezeit auf 80 Prozent ab. Grund dafür ist, dass sich Europa

21 Vgl. British nukes are utterly reliant on America, in: »The Economist«, 25.4.2026, S. 23.

22 Vgl. dazu Wolfgang Zellner, Die Nato zerfällt – was nun?, in: »Blätter«, 3/2026, S. 93-98.

23 Vgl. Bojan Pancevski und Daniel Michaels, Europe is Accelerating a Nato Fallback Plan in Case Trump Pulls Out, in: WSJ, 14.4.2026. Es ist bezeichnend, dass man derlei Information aus US-Medien beziehen muss.

nach wie vor auf sogenannte Mittlere Technologien wie den Automobilbau konzentriert und die Digitalindustrien von Chips über Telefone, Software bis zu den großen Digitalplattformen den USA, Taiwan und Südkorea überlässt. Nun wird auch noch die früher starke Stellung Europas im Automobilbau durch die chinesische Elektrodominanz infrage gestellt. Im Ergebnis ist Europa in immer weniger Bereichen voll

wettbewerbsfähig und diese Nischen werden kleiner. Die sinkende Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ist nicht nur eine wirtschaftliche und soziale Frage, sie untergräbt schon auf mittlere Sicht auch die Fähigkeit der Europäischen Union, die Souveränität und territoriale Integrität ihrer Mitgliedstaaten zu verteidigen. Ohne wirtschaftliche Belebung sind die oben

»Die europäischen Nato-Staaten haben die Bedrohung durch Russland verstanden.«

skizzierten Maßnahmen zur Stärkung Europas auf Dauer nicht durchzuhalten.

Der frühere italienische Ministerpräsident und ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, hat bereits vor zwei Jahren in einem nach ihm benannten Bericht in umfassender Weise dargelegt, was geschehen muss, um Europas Wirtschaft zu revitalisieren.²⁴ Das zentrale Maßnahmenbündel betrifft die Vertiefung des unvollendeten europäischen Binnenmarktes, dessen Wirksamkeit heute noch durch eine Vielzahl unterschiedlicher Regulierungen in zahlreichen Bereichen eingeschränkt wird: »IWF-Ökonomen haben ermittelt, dass die Handelshürden in der EU wie ein Zoll von 44 Prozent auf Industriegüter und 110 Prozent auf Dienstleistungen wirken.«²⁵ Die Beseitigung dieser Hindernisse könnte substanzielle Synergien freisetzen, beispielsweise einen großen europäischen Finanzmarkt schaffen, der als Alternative zum US-Dollar interessant ist. Dazu ist ein Mentalitätswechsel in Politik und Gesellschaft nötig. Solange etwa die Übernahme der deutschen Commerzbank durch die italienische Unicredit-Bank als »feindliche Übernahme« verunglimpft wird, wird man nicht in der Lage sein, in einer Vielzahl von Sachgebieten die unterschiedlichen Regeln der 27 EU-Mitgliedstaaten durch gemeinsame der EU zu ersetzen.

Das Rüstungsverhalten der europäischen Nato-Staaten zeigt, dass diese die Bedrohung durch Russland und die Notwendigkeit, dagegen etwas zu tun, im Wesentlichen verstanden haben. Hingegen zeigt das wirtschaftspolitische Handeln der EU-Regierungen in Sachen Binnenmarkt und gemeinsame Regulierung, dass sie noch nicht verstanden haben, dass Europas Freiheit und Souveränität nicht allein durch Streitkräfte, sondern nur auf der Grundlage einer innovativen Wirtschaft verteidigt werden können. ◻

24 Vgl. The future of European competitiveness, Part A, A competitiveness strategy for Europe, Luxembourg, September 2024 [Draghi Report].

25 Winand von Petersdorff, »Europa hat gewaltige Stärken«, in: FAZ, 5.5.2026.